

---

**Niederschrift**

**über die Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Tourismus am 12.03.2026**

**Sitzungsbeginn: 16:30 Uhr**  
**Sitzungsende: 17:12 Uhr**  
**Sitzungsort: Ratssaal des Rathauses Dessau**

**Teilnehmer/-innen: siehe Anwesenheitsliste**

**Öffentliche Tagesordnungspunkte**

**1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit**

**Herr Ratzmann, stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaft und Tourismus**, eröffnet die Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Tourismus, stellt die form- und fristgerechte Ladung und die Beschlussfähigkeit des Ausschusses mit 6 anwesenden Ausschussmitgliedern fest.

**2 Beschlussfassung der Tagesordnung**

Der **stellvertretende Ausschussvorsitzende** stellt die Tagesordnung zur Abstimmung.

Seitens der Stadträte wird darauf hingewiesen, dass die FV/001/2026/ABV - Bereitstellung von Finanzmitteln für den Förderverein Technikmuseum „Hugo Junkers“ Dessau e. V. zur Umsetzung der Rundbogenhalle (TOP 6.1) vom Einreicher zurückgezogen wurde. Die Vorlage wird zurückgestellt.

Die geänderte Tagesordnung wird zur Abstimmung gestellt.

**Abstimmungsergebnis: 06:00:0**

**3 Genehmigung der Niederschrift vom 22.01.2026**

Der **stellvertretende Ausschussvorsitzende** bringt die Niederschrift vom 22.01.2026 zur Abstimmung. Wortmeldungen werden nicht erhoben.

**Abstimmungsergebnis: 04:00:02**

## **4 Bekanntgabe der Beschlüsse nichtöffentlicher Sitzungen des Gremiums**

In der Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Tourismus am 12.01.2026 wurden keine nichtöffentlichen Beschlüsse gefasst.

## **5 Einwohnerfragestunde Bürgerinnen und Bürger werden gebeten, konkrete Fragestellungen im Rahmen der Einwohnerfragestunde bis zum 11.03.2026, 14:00 Uhr per E-Mail an die Sitzungsbearbeiterin (wirtschaftsausschuss@dessau-rosslau.de) zu richten.**

Schriftliche Anfragen wurden nicht eingereicht. Wortmeldungen werden zu diesem Tagesordnungspunkt wie folgt erhoben:

### **1. Frage:**

**Bürger 1** bezieht sich auf TOP 6.2 „Beschlussfassung Kommunaler Wärmeplan Stadt Dessau-Roßlau“. Bei der Wärmeplanung scheint es in einigen Stadtteilen keine Planung zu geben. Bspw. für Törten, Heideburg und Mosigkau. Er nahm an, dass es eine Wärmeplanung für ganz Dessau gibt. Dann wäre auch dringend zu klären, warum diese Gebiete nicht und warum die anderen und wer dies festlegt.

**Herr Stadtrat Mrosek, Fraktion AfD**, antwortet, dass diese Vororte aus Investitionsgründen nicht berücksichtigt werden, da auch die Fördermittel begrenzt sind. Der Kosten-Nutzen-Faktor der zu legenden Kilometer geht gegen Null. Aus diesem Grund wurden bestimmte Vororte nicht einbezogen.

### **2. Frage:**

**Bürger 1** bezieht sich auf einen Artikel in der MZ in dem über eine Schiffsbeladung im Roßlauer Hafen berichtet wurde. Die erste Beladung seit Februar 2025. Jedoch fehlen Bagger bzw. Kräne zum Entladen. Es sind zwar Kräne vorhanden, jedoch die für den Umschlag unerlässlichen Kräne wurden verkauft. Weiterhin weist er auf fehlendes Wasser in der Elbe hin. Als der Hafen umgebaut wurde, hat er mehrfach darauf verwiesen, dass es Irrsinn ist, einen Hafen an einem Fluss zu ertüchtigen, der nicht genügend Wasser führt. Statt des hochgelobten trimodalen Umschlagzentrums ist hier Wirtschaftlichkeit nicht in Sicht. Auch ein großer Mieter, Schrott-Wetzels, ist pleite und nicht mehr vor Ort. Bei der Vorstellung des Hafens im Ortschaftsrat Roßlau wurde mitgeteilt, dass die Bahn fünf bis acht Waggons in der Woche in den Hafen schiebt. Meist zum Umladen auf die Straße. Es sind Millionen über Millionen in dieses Projekt „trimodaler Umschlagsplatz“ geflossen. Soweit er weiß, sind dort drei Arbeitsplätze entstanden. Aufwand und Nutzen dieses Projekts stehen in gar keinem

---

Verhältnis mehr. Ein Ende dieses Zusatzgeschäftes ist nicht in Sicht, nachdem Dessau sich ja das alleinige Eigentum gesichert hat.

**Herr Stadtrat Mrosek** erklärt, dass das Projekt des Industriehafens Roßlau mit sehr vielen Fördermitteln finanziert wurde. 2016 wurde das Gesamtkonzept Elbe beschlossen, welches 1,40 Meter Wassertiefe bis 2027 gewährleisten soll. Daran wird gearbeitet, wurde in der letzten Legislatur etwas gestoppt bzw. verzögert. Der Staatsvertrag zwischen Tschechien und Deutschland kam 2021 zwar zustande, aber mit einer sogenannten unechten Ratifizierungsklausel. Das heißt, die beiden Verkehrsminister Tschechien und Deutschland haben den Staatsvertrag unterzeichnet, aber die Parlamente hatten ihr Einverständnis noch nicht gegeben. Das passierte in Deutschland noch in der 19. Wahlperiode, wurde in Tschechien jedoch blockiert. Als es in den Europaausschuss kam, wurde es beschlossen und ratifiziert vom Parlament in 2024. Seitdem geht es dort voran. Riesa bekommt in diesem Jahr fast 19 Millionen Euro Fördermittel, um ein nächstes Container-Terminal zu bauen. Was dem Roßlauer Hafen fehlt, ist die Trimodalität. Dies ist wohl dem Abbau bzw. Verkauf der Be- und Entladetechnik der alten Mitgesellschafter geschuldet. Herr Mrosek bezieht sich auf eine Veröffentlichung im Amtsblatt von Herrn Stadtrat Ratzmann, in dem auf die dringend benötigte Ortsumgehung Roßlau hingewiesen wird, um die Trimodalität des Hafens zu gewährleisten. Es wird gehofft, dass mit der Umsetzung des Gesamtkonzeptes Elbe, die Ortsumgehung geplant wird und der Hafen so wieder industrialisiert wird. Denn wo Wasser ist, siedelt sich Industrie an und wird durch Beispiele von Herrn Mrosek belegt. Er weist darauf hin, dass der Hafen mit Fördermitteln ausgebaut wurde und die Förderbedingungen einzuhalten sind. Konkret würde das bedeuten, dass bei einer Insolvenz die Rückzahlung der Fördermittel gefordert wird. Das ist in der aktuellen Haushaltslage nicht leistbar. Ziel muss es sein, den Hafenstandort Roßlau wieder zu beleben. Er gibt dem Bürger recht, dass es an Be- und Entladetechnik fehlt und dieser Umstand beseitigt werden muss.

### 3. Frage:

**Bürger 1** fragt, was und wann man ganz konkret plant, um diesen Missstand zu ändern.

**Herr Stadtrat Kellner, Fraktion CDU**, führt aus, ihm sei nicht bekannt, dass Themen, die bereits auf der Tagesordnung stünden, im Rahmen der Bürgerfragestunde behandelt werden. Zudem bittet er die Verwaltung das angesprochene Thema bis zur nächsten Sitzung aufzuarbeiten. Weiterhin bittet er um Verifizierung der inhaltlichen Aussagen von Herrn Mrosek gegenüber dem Bürger und regt an, das Thema gemeinsam mit dem Ausschussvorsitzenden bis zur nächsten Sitzung aufzuarbeiten. Darüber hinaus hat er geäußert, dass ihm nicht bekannt ist, ob an der betreffenden Stelle tatsächlich ein Kran fehle. Nach seiner Kenntnis werde dort auch durch die Deutsche Bahn umgeschlagen, was funktioniere.

**Herr Schmidt, Leiter des Amtes für Wirtschaft und Stadtplanung**, antwortet Herrn Stadtrat Kellner, dass § 6 Absatz 5 der Geschäftsordnung festlege, dass Angelegenheiten, die auf der Tagesordnung stünden, im Stadtrat nicht Gegenstand der Einwohnerfragestunde sein dürften. Diese Einschränkung finde jedoch in den Ausschüssen keine Anwendung.

## **6 Beschlussfassungen**

### **6.1 Bereitstellung von Finanzmitteln für den Förderverein Technikmuseum „Hugo Junkers“ Dessau e. V. zur Umsetzung der Rundbogenhalle Vorlage: FV/001/2026/ABV**

Die Beschlussvorlage wird wie abgestimmt zurückgestellt.

**Abstimmungsergebnis:** zurückgestellt

### **6.2 Beschlussfassung Kommunaler Wärmeplan Stadt Dessau-Roßlau Vorlage: BV/018/2026/III-KSM**

**Frau Lohde, Bürgermeisterin und Beigeordnete für Bauen und Stadtgrün**, führt in die Beschlussvorlage ein.

**Herr Stadtrat Mrosek** stellt fest, dass die Stadtwerke nach der Umsetzung des Konzepts eine Art Monopolstellung beim Verkauf von Wärme hätten. Momentan könnten Endverbraucher noch zwischen verschiedenen Gas- und Stromanbietern wechseln, bei Fernwärme sei das jedoch kaum möglich. Er möchte wissen, wie die Preisgestaltung aussehe und ob man sich darüber bereits Gedanken gemacht habe. Außerdem äußert er die Sorge, dass die Menschen abhängig würden und keine Wechselmöglichkeit mehr hätten.

**Frau Beigeordnete Lohde** erklärt, sie denke, dass eine Pflicht nur bestehe, wenn der Stadtrat beschließe, Fernwärme-Vorzugsgebiete festzulegen und eine Anschlusspflicht einzuführen. Dies liege somit in der Hand des Stadtrates. Sie gehe allerdings davon aus, dass es eine solche Pflicht nicht geben werde, da sie auch nicht im Mittelpunkt stehe. Sie empfiehlt, dass die Stadtwerke ihren Transformationsprozess in den Gremien vorstellen, da dies ein eigenständiger Prozess sei. Sie erläutert, die Fernwärme sei nur dann sinnvoll, wenn sie bezahlbar bleibe, da sonst keine Akzeptanz vorhanden wäre. Deshalb könnten Investitionen nicht um jeden Preis erfolgen. Die Stadtwerke könnten diese Fragen jedoch besser beantworten als sie selbst. Weiter führt sie aus, dass die Eingrenzung eines Vorzugsgebietes lediglich bedeute, dass versucht werde, die Entwicklung in diese Richtung zu lenken. Dies sei jedoch ein fortlaufender Prozess. Sie könne den

---

Stadtwerken nicht vorgreifen, wisse aber, dass intensiv darüber nachgedacht werde, wie dies umgesetzt werden solle. Einerseits bestehe die gesetzliche Pflicht, kohlendioxidneutral zu werden, andererseits sei noch nicht klar, wie der genaue Prozess ablaufen werde. Sie denke zudem, dass der Transformationsplan noch nicht vollständig vorliege. Abschließend empfiehlt sie erneut, sich den Plan von den Stadtwerken vorstellen zu lassen.

**Herr Stadtrat Hartmann, Fraktion SPD**, berichtet, dass er vor etwa zwei Wochen an einer Veranstaltung in Wittenberg zu kommunalen Wärmekonzepten für die Region teilgenommen habe. Besonders interessant habe er gefunden, dass die Stadt Jena künftig 50 % ihres Wärmebedarfs aus der Saale gewinnen wolle. Da auch Oberflächenwasser ein Thema sei, möchte er wissen, welche Rolle Flüsse wie Mulde und Elbe bei der Wärmeversorgung spielen könnten und wie viel Prozent der Wärme sich möglicherweise daraus gewinnen ließen. Er hebt hervor, dass er die Idee sehr spannend finde, die Hälfte der benötigten Energie aus Flusswasser zu beziehen. Dabei entstehe laut den Informationen lediglich ein Temperaturunterschied von zwei bis drei Grad im Wasser, der sich nach wenigen Kilometern wieder ausgleiche. Dadurch entstünden keine biologischen Schäden oder Beeinträchtigungen von Biotopen. Vielmehr sei sogar gewünscht, dass das Wasser wieder heruntergekühlt werde. Abschließend fragt er, welche Bedeutung solche Möglichkeiten hier vor Ort haben könnten.

**Frau Beigeordnete Lohde** erklärt, dass dieser Anteil erheblich sein werde. In einem der nächsten Ausschüsse solle über verschiedene Varianten informiert werden, unter anderem über eine Pumpe, die an der Elbe beim Kraftwerk beziehungsweise Klärwerk vorgesehen sei. Zudem müsse dargestellt werden, wie die Leitungen verlaufen sollten. In diesem Zusammenhang könne man auch erläutern, wie alles miteinander zusammenhänge. Sie führt aus, dass das Ziel darin bestehe, die Energieversorgung „grün“ zu gestalten. Der sogenannte grüne Strom solle zur Fernwärmeleitung gelangen und anschließend die Fernwärmegebiete in Dessau versorgen. Ein ähnliches Konzept sei auch für das Fernwärmegebiet in Roßlau vorgesehen, wobei sie dazu noch keine genauen Angaben machen könne. Weiter erklärt sie, dass dafür erhebliche Investitionen notwendig seien. Allein die geplante Pumpe werde bei den Stadtwerken etwa acht Millionen Euro kosten. Außerdem müsse der Stadtrat entscheiden, ob zusätzlich Straßen ausgebaut beziehungsweise erneuert werden müssten. Abschließend betont sie, dass darüber gern weiter berichtet werden könne.

**Herr Stadtrat Ratzmann, Fraktion AfD**, fragt nach den Kosten für die Erstellung des Wärmeplans.

**Frau Beigeordnete Lohde** antwortet, sie könne im Moment nur sagen, dass es eine hundertprozentige Förderung gegeben habe. Die Gesamtkosten müsse sie jedoch noch recherchieren. Sie bietet an, diese Informationen nachträglich zur Verfügung zu stellen.

**Herr Stadtrat Mrosek** bedankt sich und erklärt, man solle sich möglicherweise Gedanken über das Muldestauwerk machen. Er habe dies bereits einmal bei der DVV angesprochen. Mit Blick auf den Muldestausee in Anhalt-Bitterfeld, wo rund um die Uhr Strom erzeugt werde, könne man überlegen, das Stauwerk vor der Friedensbrücke in Dessau ebenfalls in ein Kraftwerk umzuwandeln. Dafür müsse man vermutlich zunächst eine Machbarkeitsstudie durchführen und einen Kosten-Nutzen-Vergleich erstellen. Er betont, dass ausreichend Wasser vorhanden sei und verweist darauf, dass die von Herrn Hartmann angesprochenen Möglichkeiten auch vor Ort gegeben seien.

**Herr Stadtrat Hartmann** entgegnet, dass es sich dabei nicht um Wasserkraft handle, sondern um Wärmepumpen, die die Wärme aus dem Wasser nutzen. Die Technik arbeite nicht mit Turbinen oder einem klassischen Wasserkraftwerk, sondern entziehe dem Wasser lediglich die notwendige Temperatur – ähnlich wie andere Wärmepumpen Wärme aus der Luft oder dem Erdboden gewinnen würden.

Daraufhin erklärt **Herr Stadtrat Mrosek**, man könne dennoch darüber nachdenken, das Projekt weiterzuverfolgen. Das Wasser sei vorhanden, und man kenne die Gegebenheiten dort seit vielen Jahren. Deshalb stelle sich für ihn die Frage, warum man die Strömungsenergie des Wassers nicht nutzen solle, um elektrische Energie umzuwandeln beziehungsweise zu erzeugen.

**Frau Beigeordnete Lohde** erklärt, dass Anwohner aus Sollnitz bereits auf sie zugekommen sind, wo viele große Höfe vorhanden sind. Dort stelle sich die Frage, wie eine zukünftige Wärmeversorgung gestaltet werden könne, da nicht davon ausgegangen werden könne, dass sich jede Person eine Wärmepumpe für 20.000 bis 30.000 Euro leisten kann. Sie berichtet, dass deshalb gemeinsam mit der Hochschule Anhalt und Professor Westermann ein Projekt laufe, bei dem untersucht wird, ob beispielsweise eine Wärmepumpe im Sollnitzer See für ein Nahwärmenetz sinnvoll sei. Im Rahmen studentischer Arbeiten könne geprüft werden, ob solche Konzepte technisch und wirtschaftlich umsetzbar seien und welche Kosten damit verbunden wären. Abschließend sagt sie, dass viele der angesprochenen Fragen typischerweise im Zusammenhang mit dem Transformationsplan der Dessauer Versorgungs- und Verkehrs-GmbH (DVV) beantwortet werden könnten. Dort könnten diese Themen detailliert vorgestellt und geprüft werden, da sie davon ausgeht, dass dort entsprechende Analysen bereits erfolgt sind.

Die Beschlussvorlage wird zur Abstimmung gestellt.

**Abstimmungsergebnis:** 06:00:00

**Herr Schmidt, Leiter des Amtes für Wirtschaft und Stadtplanung**, erklärt, dass der nächste Wirtschaftsausschuss nicht wie ursprünglich geplant am 16.04.2026, sondern am 21.04.2026 stattfinden solle. Als Grund nennt er eine bereits angekündigte Veranstaltung im Technikmuseum, zu der die Mitglieder ebenfalls eingeladen worden seien. Daher bitte er darum, den Termin entsprechend zu verschieben. Falls Einverständnis bestehe, solle dies im Protokoll festgehalten und auch im Sitzungskalender angepasst werden.

Der **stellv. Ausschussvorsitzende** stellt fest, dass kein mehrheitlicher Einspruch gegen die Verschiebung des Wirtschaftsausschusses auf den 21.04.2026 bestehe, und erklärt, dass dies entsprechend so festgehalten werde.

## 7.1 Sonstige Anfragen und Mitteilungen

**Herr Stadtrat Kellner** erklärt, dass er mehrere Fragen habe und diese zunächst gesammelt stellen wolle.

**Frage 1:** Zum Trains-Projekt fragt er, warum eine Abschlussveranstaltung im Umweltbundesamt angekündigt sei, obwohl das Projekt seiner Auffassung nach noch laufe. Er äußert zudem die Einschätzung, dass der Eisenbahnbereich das Projekt möglicherweise selbst hätte umsetzen können, es jedoch offenbar nach Stendal verlagert worden sei, zumindest hinsichtlich des Motorumbaus.

**Frage 2:** Er erkundigt sich nach der Fläche rund um die Rundbogenhalle. Diese sei nach seinem Kenntnisstand mit europäischen Fördermitteln belegt gewesen. Er fragt, ob diese Mittel weiterhin bestehen oder ob die Fläche inzwischen anderweitig vermarktet werden könne.

**Frage 3:** Herr Kellner bezieht sich auf eine Presseinformation zur Domäne und fragt, ob das Unternehmen tatsächlich in den ehemaligen Praktiker einziehen wird oder ob lediglich vorbereitende Maßnahmen getroffen würden, ohne dass eine konkrete Entscheidung vorliege.

### Die Fragen werden wie folgt beantwortet:

**Frage 1:** **Herr Reinsdorf, Abteilungsleiter Wirtschaft und Stadtentwicklung**, erklärt, dass das Trains-Projekt weiterhin laufe und die einzelnen Teilprojekte noch bis Ende des Jahres bearbeitet würden. Er führt aus, dass die angekündigte Veranstaltung am 02. Juli 2026 im Umweltbundesamt ein Fachsymposium sei, bei dem die einzelnen Themen des Gesamtvorhabens im Rahmen der Bundesförderung vorgestellt würden. Weitere Details lägen ihm aus der Einladung jedoch noch nicht vollständig vor.

**Frage 2:** **Herr Reinsdorf** gibt an, dass die Frage bereits im Ausschuss behandelt worden sei. Die Fläche könne grundsätzlich weiterhin aktiv vermarktet werden und werde dies auch, da die Fördermittel der Revitalisierung des Gebiets gedient hätten. Er erklärt weiter, dass als Einschränkung bislang lediglich gegolten habe, dass dort nur produzierendes Gewerbe zulässig ist, während Einzelhandel ausgeschlossen ist. Die Fördermittelbindung laufe jedoch voraussichtlich in naher Zukunft aus, vermutlich noch in diesem oder im kommenden Jahr. Einen genauen Termin könne er aktuell nicht nennen.

**Herr Stadtrat Kellner** fragt nach, ob er die Situation richtig verstanden habe, dass die Stadt das betreffende Objekt nun aktiv vermarkten könne – auch für bereits ansässige Unternehmen oder Firmen aus Dessau, die sich erweitern möchten. Er berichtet, dass ein ortsansässiger Unternehmer an ihn herangetreten sei, der sich dort gerne vergrößern würde. Zuvor habe es jedoch geheißen, dies sei wegen der Fördermittelbindung nicht möglich gewesen. Wenn diese Bindung nun auslaufe oder bereits auslaufe, könne dies möglicherweise erneut aufgegriffen werden, um den Unternehmer anzusprechen. Er betont in diesem Zusammenhang die Bedeutung der Stärkung der lokalen Wirtschaft.

**Herr Reinsdorf** bestätigt, dass das Gewerbegebiet am Junkerswerk inklusive der Fläche rund um die Rundbogenhalle in der aktiven Vermarktung sei. Es seien bereits Gespräche mit dort ansässigen Unternehmen geführt worden, die Erweiterungsbedarf hätten. Auch anderen Unternehmen seien die Flächen angeboten worden, bislang jedoch ohne erfolgreichen Abschluss. Er erklärt weiter, dass die rund 4,6 Hektar Fläche grundsätzlich weiterhin aktiv vermarktet würden. Solange die noch bestehende Fördermittelbindung des Fördermittelgebers gelte, müssten bestimmte Rahmenbedingungen eingehalten werden. Innerhalb dieser Vorgaben könnten sich interessierte Unternehmen jedoch an den Wirtschafts- und Investitionsservice wenden, um Lösungen zu prüfen. Abschließend stellt er klar, dass sowohl eine Ansiedlung im Gewerbegebiet am Junkerswerk als auch an anderen Standorten im Stadtgebiet geprüft werden könne.

**Frage 3:** Die Beantwortung erfolgt durch **Herrn Schmidt** im Nichtöffentlichen Teil.

Nach diesem Tagesordnungspunkt wird 17:09 Uhr Nichtöffentlichkeit hergestellt.

---

**Herr Ratzmann, stellv. Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaft und Tourismus**, schließt die Sitzung um 17:12 Uhr.

Dessau-Roßlau, 05.06.26

---

Burkhardt Ratzmann  
Stellv. Vorsitzender Ausschuss für Wirtschaft und Tourismus

M. Henke  
Schriftführer